

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 172. Ratssitzung vom 8. November 2017

3451. 2017/170

**Postulat von Martin Bürlimann (SVP) und Dubravko Sinovcic (SVP) vom
07.06.2017:**

**Öffnung der energie- und versorgungsrelevanten Betriebe der Stadt für private
Minderheits-Finanzbeteiligungen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Dubravko Sinovcic (SVP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2990/2017): Das Postulat verlangt, dass der Stadtrat prüft, ob man staatsnahe Betriebe eventuell für Minderheitsbeteiligungen von Privaten öffnen kann. Die Ausgangslage bei den aktuellen Mehrheitsverhältnissen im Rat ist momentan so, dass irgendeine Form von Privatisierung oder Auslagerung von städtischen Betrieben keine Chance hat. Aus dem Grund ist es aus unserer Sicht sinnvoll, dass man prüft, ob gewisse Betriebe in irgendeiner Form zulassen, dass sich Private an solchen Betrieben zumindest beteiligen können. Der Vorteil an solchen Beteiligungen wäre, dass man eine gewisse zusätzliche Kontrollfunktion bei den städtischen Betrieben bekommt, zum Beispiel bei einem Verwaltungsrat, der nicht nur politische, sondern auch noch private Einsitze hat. Ein Vorteil wäre auch, dass man langfristige Anleger einbinden kann, beispielsweise Pensionskassen, die einen langfristigen Anlagehorizont haben, der auch zur Stabilisierung und nachhaltigen Führung der Betriebe beitragen würde. Das wäre für solche Anleger sehr attraktiv. Bei Energie 360° wäre es ohne grössere Probleme möglich, Aktien auf dem freien Markt anzubieten. Bei öffentlich-rechtlich organisierten Institutionen oder Dienstabteilungen der Stadt ist das natürlich nicht möglich, aber es würde den Vorteil schaffen, dass man sich schon mit dem Thema auseinandergesetzt hat, wenn später einmal vielleicht noch ein Teil des ewz ausgelagert wird. Es gibt auch Möglichkeiten in anderen Departementsbetrieben, in denen eventuell zukünftig etwas ausgelagert wird. Es wäre wünschenswert, wenn sich der Stadtrat mit der Thematik auseinandersetzen könnte.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

***STR Andres Türler:** Ich bin ein wenig erstaunt über das Postulat, nachdem wir jetzt ein Jahr lang über die ewz-Rechtsform diskutiert haben und warum wir das machen wollen. Rechtlich ist die Forderung nicht umsetzbar. Die Wasserversorgung gehört der Stadt, das ewz auch, die Verkehrsbetriebe Zürich (VBZ) genauso. Die Werke, die beim Tiefbau- oder dem Gesundheitsdepartement angesiedelt sind, gehören ebenfalls alle der Stadt. Dort, wo wir die Möglichkeit haben, bei der ewz (Deutschland) GmbH machen wir es, allerdings projektbezogen. Und bei Energie 360° steht ganz klar in der Abstimmungszeitung, dass, wenn wir Dritte beteiligen, dies entweder*

2 / 3

Energieversorgungsunternehmen oder Gemeinden sein müssen und wir immer eine Mehrheit haben müssen. Ich kann dieses Postulat einfach nicht erfüllen und deshalb nicht entgegennehmen.

Weitere Wortmeldungen:

Matthias Renggli (SP): Das Postulat stellt im ersten Satz der Begründung fest, dass die verschiedenen Versorgungsbetriebe der Stadt in den kommenden Jahren vermutlich nicht privatisiert werden. Gefordert wird dann mit der Zulassung von Minderheits-Finanzbeteiligungen doch eine erste Salamischeibe Richtung Privatisierung. Offen bleibt, bei welchen Betrieben eine solche Minderheits-Finanzbeteiligung ermöglicht werden soll und was für Investoren, von Privaten zur Pensionskasse bis zu Hedgefonds, an Bord geholt werden sollen, da ist das Postulat sehr allgemein gehalten. Zu den Minderheitsbeteiligungen generell respektive zur Frage der Rechtsform hat der Stadtrat schon ausgeführt, dass dies schwierig möglich ist, beziehungsweise man jedes Mal im Einzelfall darüber reden müsste, ob eine Umwandlung in eine Aktiengesellschaft sinnvoll wäre. Dass die Kontrolle und Strategie weiterhin bei der Stadt bleiben würde, ist zwar formell korrekt, aber Private investieren nachvollziehbarerweise nur dann, wenn sie Gewinn erwarten können. Konkret wird sich eine Kapitalrendite aus Dividenden oder Kapitalgewinn, den man beim Verkauf von Beteiligungen erzielen könnte, zusammensetzen. Insbesondere bei den vorsorgerelevanten Betrieben, die in einem staatsnahen Umfeld operieren, besteht daher die Gefahr von Marktversagen. Gewinn dürfte entweder durch Gebührenzahler und Gebührenzahlerinnen oder indirekt aus der Stadtkasse finanziert werden, beides ist nicht im Sinne der Bevölkerung. Deshalb lehnen wir das Postulat ab.

Dubravko Sinovcic (SVP): Wenn Marktversagen bedeutet, dass der städtische Steuerzahler kein Risiko für Marktversagen tragen soll, dann sollte der städtische Betrieb auch nicht auf dem Markt tätig sein und deshalb ausgegliedert werden.

Sven Sobernheim (GLP): Man sollte darüber nachdenken, wie man in Sachen öffentlich-rechtliche Anstalt abgestimmt hat. Die SVP stand nicht auf der Seite, die in der Kommission weiterdebattieren wollte.

Dubravko Sinovcic (SVP): Ich war bei der Ratsdebatte nicht dabei, aber ich bin sehr wohl über die Beweggründe unserer Partei informiert. Wir haben nicht Nicht-Eintreten beschlossen, weil wir prinzipiell gegen eine Ausgliederung gewesen wären, sondern weil wir die Form der öffentlich-rechtlichen Anstalt abgelehnt haben. Wenn man etwas ausgliedert, dann richtig und nicht halb und die SVP macht keine halben Sachen.

Das Postulat wird mit 35 gegen 78 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

3 / 3

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat